

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =
Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 58 (2008)

Heft: 2

Buchbesprechung: Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75.
deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart [VdA - Verband deutscher
Archivarinnen und Archivare (Hg.)]

Autor: Müller, Marcel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

strukturen ist, die nicht in der Lage waren, die Staatsgewalt durchzusetzen. Diese Schwäche verstärkte sich nach Rapallo. Die gegenüber 400 000 Slowenen und 100 000 Kroaten betriebene Politik der gezwungenen Assimilation, die von der Regierung in Rom in den folgenden Jahren eingeleitet wurde, trug nur dazu bei, den slawischen Nationalismus zu verstärken, dessen extremste Anhänger für zahlreiche Attentate und Morde verantwortlich waren. Die schon vor dem Krieg angespannte Situation erfuhr eine dramatische Beschleunigung infolge der kriminellen Gewalt beider Seiten nach dem Ausbruch des Konflikts (Kap. VI–VII), als die militärischen Schwierigkeiten 1943 die «de facto» Auflösung der Autorität Roms über Julisch-Venetien und Dalmatien mit sich brachten. In diese Zeit fällt auch der erzwungene Exodus von Tausenden von Italienern, die Opfer einer ethnischen Säuberung von Seiten der kommunistischen Truppen nach den Befehlen von Marschall Tito wurden.

Die letzten zwei Kapitel (VIII–IX) behandeln die Frage der neuen territorialen Ordnungen in der Nachkriegszeit. Dies wird insbesondere am Schicksal von Triest geschildert und in den sich total veränderten internationalen Kontext des Kalten Krieges gestellt. Die 1954 erfolgte Rückgabe der Stadt an Italien hatte, nach dem Verlust von Istrien und Dalmatien, Jubelrufe im ganzen Land zur Folge. Diese enthusiastischen Explosionen waren nach 1945 «vielleicht der einzige Fall von vorideologischer und vorpolitischer patriotischer Reaktion in Italien» (S. 326). Nach 1954 verschwand das Problem der östlichen Grenze und des Exodus aus der *mental map* der Italiener und wurde für Jahrzehnte auch von der Historiographie ignoriert. In der öffentlichen Meinung, vor allem der Linken, wurden die Vertriebenen mit Verdacht, wenn nicht mit Feindseligkeit betrachtet. Wie die Autorin schreibt, «war die Idee des Vaterlandes den Idealen und den Programmen der unterschiedlichen politischen Kräfte untergeordnet, von denen jede vorgab, ihr exklusiver und authentischer Interpret zu sein» (S. 326). Ein solcher Bruch in der politischen Kultur hatte tiefe Auswirkungen auf die Ereignisse in der Grenzregion. Dafür symptomatisch ist das grundlegende Desinteresse der öffentlichen Meinung für die laufenden Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad in den 70er Jahren, die 1975 im Vertrag von Osimo mündeten, der definitiv die italienisch-jugoslawische Grenze festlegte. Die Verhandlungen seitens der italienischen Delegation wurden laut Marina Cattaruzza dilettantisch geführt: die internationale Agenda hatte Vorrang vor der Verteidigung der nationalen Interessen. Die östliche Grenze hatte nun aufgehört, die italienische Aussenpolitik zu bestimmen.

Pablo Crivelli, Mendrisio

VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (Hg.): **Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart.** Red.: Robert Kretzschmar. Essen, Klartext Verlag, 2007, 539 S.

Nach dem Frankfurter Historikertag von 1998 reflektierte sieben Jahre später die Archivarenzunft anlässlich des 75. Deutschen Archivtags über die jüngere Geschichte der eigenen Profession, insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus. Die den Sammelband beschliessende Transkription einer Podiumsdiskussion jedenfalls zeigt keine Kontroversen: Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Archive nach 1933 umgehend zu wichtigen Herrschaftsinstrumenten des NS-Staates wurden. Demgegenüber verwies ein Diskutant auf die vergleichsweise geringe Zahl von lediglich ca. 160 Archivaren des höheren Dienstes, die 1937 im Dritten Reich eine Anstellung hatten. Die in sechs Sektionen gegliederten Beiträge des Bandes sind denn auch stark

personen- und weit weniger strukturbezogen. Die gelungene Einführung von Astrid M. Eckert über Archive und Archivare im Nationalsozialismus hätte man sich daher gerne noch ausführlicher gewünscht, zumal die folgenden rund 31 Beiträge insgesamt mehr Handbuch- als Überblickscharakter haben.

In der ersten Sektion «Aspekte nationalsozialistischer Archivpolitik» ist besonders der Beitrag von Norbert Reimann zum letztlich gescheiterten Versuch einer Archivgesetzgebung bemerkenswert, gerade auch im Anschluss an Robert Kretzschmars Ausführungen zur Überlieferungsbildung im Dritten Reich. Analog zu vielen anderen Massnahmen zielte man in der NS-Zeit auch bei der Überlieferungsbildung auf Totalität, wobei dieses Konzept im Einklang stand mit dem Ziel einer Vereinheitlichung und Zentralisierung des Archivwesens. Verschiedene Entwürfe zu einem sog. Archivschutzgesetz sahen u.a. auch eine praktisch vollständige Staatsaufsicht über das gesamte private Archivgut vor. Paradoxiertweise scheiterte der seitens der preussischen Archivverwaltung schon länger geplante, und nach 1933 intensiv vorangetriebene Entwurf gerade an der wiederholten Weigerung Hitlers, ein solches Gesetz zu unterzeichnen. Grund für dieses doch überraschende Verhalten war nach Reimann der Einfluss von Heinrich Glasmeier, dem Direktor der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive und Vertrauten Hitlers.

Die Ambivalenz nationalsozialistischer Massnahmen für das Archivwesen zeigt sich gerade in den Sektionen «Staatsarchive» bzw. «Kommunale Archive im Nationalsozialismus». Gemäss Susanne Brockfeld stellte die Machtübernahme der Nationalsozialisten für die Archivare in ihrer Mehrheit keinen Bruch dar, weil sie von wenigen Ausnahmen abgesehen in ihren Grunddispositionen bereits nationalkonservativ und republikseptisch gesinnt waren. Schliesslich waren gut 80 Prozent, in manchen Archiven sogar sämtliche Archivare des höheren Dienstes, Parteigenossen. Diese registrierten mit Freude, dass die sog. Sippenforschung als Folge der Rassengesetzgebung zu einem sprunghaften Anstieg der Archivbenutzung führte. Bald aber schon bedrohten die Einflussnahme und Konkurrenz anderer Institutionen, allen voran das Reichssippenamt, die Standesinteressen der Zunft. Das Reichssippenamt arbeitete nicht nur an einem eigenen Gesetzesentwurf zum 'Schrift-Denkmalerschutz', sondern forderte auch, dass die Kirchenbücher ans Sippenamt, und nicht etwa an die staatlichen Archive übergeben werden sollten. Nichtsdestotrotz funktionierte die Arbeitsteilung zwischen den staatlichen Archiven und den Machthabern bestens: Letztere erhielten Quellen für die Propaganda und eine nationalsozialistisch verbrämte Geschichtsschreibung, deren Zuträger wiederum genossen den Ruhm, der auf die eigene Institution zurückfiel. Der inflationäre Bedarf an Ariernachweisen wurde indes zunehmend zu einem Problem. Er band mancherorts dermassen viele Ressourcen, dass die üblichen Verzeichnungs- und Erschliessungsarbeiten verlangsamt oder gänzlich verhindert wurden.

Die materielle, territoriale und personelle Ausweitung des nationalsozialistischen Archivwesens wird in den Sektionen «Geraubte, beschlagnahmte und missbrauchte Archive» sowie «Deutsche Archivpolitik im besetzten Ausland» thematisiert. Die Gefährdung einzelner Archive bereits vor Kriegsausbruch schildern Beiträge zum SPD-Parteiarchiv, dessen Bestände vom SPD-Vorstand bereits 1933 teilweise in Sicherheit gebracht wurden, und zum 1938 beschlagnahmten jüdischen Gemeindearchiv von Worms. Ausführlich behandelt werden auch die kirchlichen Archive. Ihnen kam eine eminent wichtige Rolle zu, denn die Rassenpolitik des neuen Staates war zu einem erheblichen Teil auf die Kirchenbücher angewiesen. Da die Pfarrer die Matrikelbücher zeitweise im Auftrag des Staates zu führen

hatten, leitete dieser nun ein gewisses Benutzungsrecht ab. Die ablehnende Haltung vieler Kirchenbuchführer gegen die NS-Politik dokumentiert die Kritik der Reichsstelle für Sippenforschung. Diese warf kirchlichen Stellen wiederholt vor, dass Abstammungsnachweise verzögert oder gar verfälscht würden. Mitunter beteiligte sich die Kirche aber auch geradezu beflissen an der Identifizierung und Ausgrenzung der sog. 'Judenchristen'. Davon zeugt der Beitrag zur Mecklenburgischen Kirchenbuchstelle, die aus der Initiative der evangelischen Kirche hervorgegangen war und nach 1935 als Sippenkanzlei von einem Pastor geführt wurde.

Bedenklich ist das Ausmass, in dem Archivare vom Krieg profitierten. So bedeutete der Einsatz im Generalgouvernement für alle beteiligten Archivare gemäss Stefan Lehr eine Verbesserung ihrer bisherigen dienstlichen und finanziellen Stellung. Ebenso brachten die imperialistischen NS-Nord-, West- und Ostforschungsprogramme vielen Lohn und Brot. Profitieren konnten auch die Archivare der staatlichen Wiener Archive, die 1938 den Anschluss an das Deutsche Reich fast einhellig begrüsst. Sie erhielten durch die militärische Besetzung der Nachfolgestaaten der Monarchie wieder Zugriff auf Archivgut, das sie nach 1918 abtreten mussten. Neben anderen Archiven bzw. Beständen aus verschiedenen europäischen Ländern wurde auch das 'Internationaal Archief voor de Vrouwenbeweging (IAV)' von den deutschen Besatzern geraubt und ausser Land gebracht. Dessen Odyssee von Amsterdam über Berlin, Schlesien und Moskau bis zur kürzlichen Repatriierung schildert Massimiliano Livi. Die jeweilige Praxis in den besetzten Ländern Frankreich, Belgien oder den Niederlanden wird in einzelnen, personen-zentrierten Beiträgen dargestellt. Wie Gerhard Menk und Sierk F.M. Plantinga an der Biografie von Bernhard Vollmer, dem eingesetzten Leiter des niederländischen Archivamtes und späteren Mitbegründer der Zeitschrift «Der Archivar», zeigen, blieben einzelne Exponenten an den Zielen des Berufs orientiert. Vollmers ausgesprochen rücksichtsvolles Auftreten gegenüber den niederländischen Kollegen sei von diesen selbst lange nach Kriegsende anerkannt worden.

Astrid M. Eckerts «Fegefeuer der Entbräunung» eröffnet den letzten Teil des Bandes, der sich der «Kontinuität und Vergangenheitsbewältigung nach 1954» annimmt. Wiederum mit reichlich biografischem Material unterfüttert, zeigt sich die fast ungebrochene personelle Kontinuität im Archivwesen der 1950er Jahre. Nur wenige Archivare kehrten nicht in ihren angestammten Beruf zurück, zumal die meisten es verstanden, ihre Arbeit als unpolitisch und den Eintritt in die NSDAP als Zwang darzustellen. Ansätze einer Selbstreinigung der Zunft gab es kaum.

Eine Auswahlbibliographie und ein Personen- und Institutionenindex beschliessen den Band. Sprachliche Umständlichkeiten behindern in einigen Beiträgen den Lesefluss, während die Detailfreude einzelner Autoren den Blick aufs Ganze bisweilen verstellt. Die thematische Breite der Artikel macht diese Mängel allerdings wett. So vereint der Sammelband erstmals Aspekte, die bislang nur über verstreute Publikationen greifbar waren.

Marcel Müller, St. Gallen

Rolf Böhme: Orte der Erinnerung – Wege der Versöhnung. Vom Umgang mit dem Holocaust in einer deutschen Stadt nach 1945. Freiburg/Basel/Wien, Verlag Herder, 2007, 128 S.

Im Juni 1985, nachdem in Brasilien der Leichnam des 1979 dort verstorbenen SS-Arztes im Konzentrationslager Auschwitz, Josef Mengele, identifiziert worden war, wurde Rolf Böhme, von 1982 bis 2002 Oberbürgermeister in Freiburg i. Br., damit konfrontiert, dass dieser häufig in Freiburg gewesen war und enge familiäre